

Zweimonatliches Bulletin: Auslagerung von Grenzen Überwachung der EU-Außenpolitik

29. April 2024

"Wir werden weiterhin für eine gerechtere Welt kämpfen. Wir werden weiterhin unser eigenes Gewissen hinterfragen. Wir werden weiterhin dokumentieren, was geschieht... Zu dokumentieren, was geschieht, ist eine große Form des Widerstands." - David Yambo, Flüchtlinge in Libyen

Über dieses Bulletin

Das von *Statewatch* und *migration-control.info* durchgeführte und von *Brot für die Welt*, *Misereor*, *Medico* und *Pro Asyl* finanzierte Projekt zielt darauf ab, die Externalisierungspolitik, -pläne und -praktiken der EU öffentlich zu machen. Auf diese Weise sollen die Auswirkungen auf die Rechte von Menschen auf der Flucht sowie demokratische Standards für Transparenz und Rechenschaftspflicht aufgezeigt werden. Sie behebt den Mangel an öffentlichen Informationen durch die Veröffentlichung relevanter EU-Dokumente, in dieser Phase vor allem solcher, die vom Rat der EU erstellt oder erörtert wurden. Außerdem wird die Informationsflut, die sich aus einer Vielzahl von EU-Institutionen, Arbeitsgruppen und nationalen Regierungen, die an der Externalisierungssagenda beteiligt sind, ergibt, durch eine Zusammenfassung thematischer und regionaler Entwicklungen sowie durch eine eingehende Analyse von Schlüsselfragen bewältigt.

Redaktion

Willkommen zur ersten Ausgabe dieses neuen Bulletins, *Outsourcing borders: Überwachung der EU-Außenpolitik*. Mit dieser Publikation wollen wir ein Licht auf Diskussionen und Verhandlungen werfen, die hinter verschlossenen Türen stattfinden, mit wenig öffentlicher Aufmerksamkeit oder demokratischer Kontrolle. Wir tun dies, um den langjährigen politischen und sozialen Kampf für eine gerechte und humane Migrationspolitik zu unterstützen - ein Kampf, der vor dem Hintergrund des kürzlich vereinbarten EU-Pakts zu Migration und Asyl wichtiger ist denn je.

Durch die Bereitstellung und Analyse offizieller Dokumente - von denen viele nicht offiziell veröffentlicht wurden - hoffen wir, die Kampagnen-, Rechts- und Advocacy-Arbeit von Organisationen nicht nur innerhalb der EU, sondern auch in den Staaten zu unterstützen, in denen die Migrationspolitik der EU Menschenrechtsverletzungen und die Unterstützung undemokratischer Regime fördert.

In dieser ersten Phase des Projekts konzentrieren wir unsere Ressourcen auf den Rat der EU und auf die Arbeitsgruppen und Strukturen, die eine besondere Rolle beim Vorantreiben der Externalisierungssagenda spielen. Diese Gremien werden in [einer der beiden in diesem Bulletin enthaltenen Analysen](#) näher erläutert, und unser [Online-Dokumentenarchiv](#) enthält eine Fülle von Primärquellenmaterial, das derzeit bis September 2023, dem Beginn der aktuellen Wahlperiode, zurückreicht. Vielleicht fällt Ihnen auf, dass wir bisher noch keine Dokumente des Operativen Koordinierungsmechanismus für die externe Dimension der Migration (MOCADDEM) veröffentlicht haben - aber wir werden in unserer zweiten Ausgabe, die Ende Juni erscheinen soll, reichlich Material zur Verfügung haben, das von diesem Gremium erstellt und diskutiert wird.

[Die zweite Analyse](#) in dieser Ausgabe befasst sich mit einem Vermerk der Europäischen Kommission, in dem sie ihre Beweggründe für die Unterzeichnung eines Migrationsabkommens mit den mauretanischen Behörden darlegt. Die Analyse von Hassan Ould Moctar kommt zu dem Schluss, dass "die Zusammenarbeit bei der Migrationskontrolle sowohl ein zentrales diplomatisches Thema zwischen der EU und Mauretanien als auch ein umstrittenes Thema innerhalb des Landes bleiben wird". Man könnte auch feststellen, dass die mauretanischen Behörden klar erkannt haben, dass Migration ein Schlüsselthema ist, das genutzt werden

kann, um finanzielle und politische Unterstützung von der EU und ihren Mitgliedstaaten zu erhalten - etwas, das die Behörden in anderen Ländern wie der Türkei und Tunesien nur zu gut kennen.

Wir haben [die wichtigsten Punkte aus den für dieses Bulletin veröffentlichten Dokumenten zusammengefasst](#), um denjenigen, die sich mit dem Thema beschäftigen, Anhaltspunkte zu geben. Diese Informationen sollten jedoch nur als Ausgangspunkt betrachtet werden. Um die Details der diskutierten Politiken, Projekte und Pläne und ihre Auswirkungen zu ergründen, bedarf es der engagierten Arbeit von Journalisten, Forschern und Ermittlern. Diese Politiken in Frage zu stellen, wird weitere Anstrengungen erfordern. Wir hoffen, dass wir mit dieser Veröffentlichung Informationen zur Verfügung stellen können, um diese Herausforderungen zu untermauern.

- Chris Jones, *Statewatch*

Thematische und regionale Entwicklungen

Die folgenden Zusammenfassungen betreffen Dokumente, die von fünf Arbeitsgruppen des Rates der EU erstellt oder erörtert wurden:

- Arbeitsgruppe "Externe Aspekte der Migration" (EMWP)
- Strategischer Ausschuss für Grenzfragen, Einwanderung und Asyl (SCIFA)
- Arbeitsgruppe "Visa"
- Arbeitsgruppe "Grenzen"
- Arbeitsgruppe "Integration, Migration und Vertreibung" (IMEX)

Alle hier zusammengefassten Dokumente und weitere finden Sie in unserem [Dokumentenarchiv](#), das auch Abschnitte über den Europäischen Rat und den Rat "Justiz und Inneres" enthält. Wir werden Dokumente, die im Rahmen des Operativen Koordinierungsmechanismus für die externe Dimension der Migration (MOCADDEM) erstellt oder erörtert wurden, zeitgleich mit der Veröffentlichung des nächsten Bulletins Ende Juni hinzufügen.

Grenzverwaltung

Die **externe Evaluierung der Funktionsweise der Frontex-Verordnung** ist seit ihrer Veröffentlichung Anfang Februar ein wichtiges Diskussionsthema in den Arbeitsgruppen des Rates:

- EMWP erörterte Aspekte im Zusammenhang mit der Zusammenarbeit von Frontex mit Drittländern am [14. März](#);
- SCIFA hat eine breitere, hochrangige Diskussion über [20. Februar](#);
- Die Arbeitsgruppe "Grenzen" führte am 20. März eine Diskussion zum Thema "Situationsbewusstsein, Ständiges Korps und Entwicklung der Fähigkeiten". [20. März](#) und
- Die Arbeitsgruppe "Integration, Migration und Ausweisung" erörterte die Aspekte der Bewertung im Zusammenhang mit Abschiebungen am [12. März](#).

Der allgemeine Konsens, der sich aus den verschiedenen im Rat verteilten Arbeitspapieren - und aus der Evaluierung selbst - ergibt, ist, dass es derzeit keinen Bedarf für Änderungen des für Frontex geltenden Rechts gibt. Stattdessen werden erhebliche Anstrengungen unternommen, um das derzeitige Mandat umzusetzen, insbesondere in den Bereichen, die im [Aktionsplan](#) der Kommission hervorgehoben wurden.

Die Arbeitsvereinbarungen von Frontex mit afrikanischen Staaten wurden von der EMWP am [14. März](#). In einem von der belgischen Ratspräsidentschaft verteilten Diskussionspapier heißt es, dass "die Frage der nationalen Souveränität und der Ruf von Frontex Faktoren sind, die die Zurückhaltung bei der Zusammenarbeit mit der Agentur erklären könnten". Dennoch heißt es in dem Papier, dass die Verhandlungen über eine Arbeitsvereinbarung mit **Marokko** im März beginnen sollten und auch mit **Jordanien** geplant sind. Mit den **nigerianischen Behörden** wurde vor dem Staatsstreich im Juli ein Text

vereinbart, doch wurde die Zusammenarbeit seitdem unterbrochen. Die EU wird auch ein neues Frontex-Statusabkommen mit **Serbien** abschließen, über das die Arbeitsgruppe "Grenzen" am [20. März](#).

Eine geplante Arbeitsvereinbarung mit **Mauretanien** wurde durch das mit dem Land unterzeichnete umfassendere Abkommen überflüssig, ist aber möglicherweise noch in Arbeit. In dem Diskussionspapier über die Zusammenarbeit von Frontex mit afrikanischen Staaten heißt es jedoch in Bezug auf **Mauretanien** und **Senegal**: "Keines der beiden Länder zeigte großes Interesse daran, gemeinsame Frontex-Operationen auf seinem Territorium durchzuführen."

Einen ausführlichen Überblick über die **Zusammenarbeit von Frontex mit Nicht-EU-Staaten** bietet der Bericht der Agentur zum Thema 2022, der von der [Arbeitsgruppe "Grenzen" im September](#). Neben vielen anderen Dingen stellt der Bericht fest, dass:

- die Agentur "organisierte an der Polizeiakademie in **Kairo** einen Workshop über Menschenrechte an den Grenzen";
- Im Rahmen der **Africa-Frontex Intelligence Community (AFIC)** wurden im Jahr 2022 drei neue Risikoanalysezellen in **Côte d'Ivoire, Togo** und **Mauretanien** eingerichtet;
- finanzierte die Kommission ein "Projekt für technische Hilfe ... zur Unterstützung der Risikoanalysekapazitäten der AFIC-Teilnehmer", von denen es inzwischen rund 30 Länder gibt;
- **Kosovo** und **Nordmazedonien** haben "Grundvoraussetzungen für die künftigen [EUROSUR]-Koordinationszentren in der Region geschaffen"; und
- Frontex hat "**ein umfassendes Programm zum Aufbau von Kapazitäten**" für Drittländer "**im Bereich Rückkehr, Rückübernahme und Wiedereingliederung**" entwickelt.

Das Thema der **Verbindungsbeamten für Einwanderung** wurde von IMEX am [8. Februar](#) (mit Schwerpunkt auf ihrer Rolle bei Abschiebungen und Rückübernahmen, siehe unten) und in der EMWP am [14. März](#). In einem Diskussionspapier des Vorsitzes für die letztgenannte Sitzung wird darauf hingewiesen, dass "die vorrangigen Länder für den Einsatz der Verbindungsbeamten eng koordiniert werden müssen, um eine angemessene Abdeckung der relevanten Migrationsgebiete in einigen Drittländern zu gewährleisten".

Das Dokument enthält eine Tabelle, aus der hervorgeht, wo die EU und ihre Mitgliedstaaten Verbindungsbeamte eingesetzt haben. In dem Papier wird festgestellt, dass es Versuche gegeben hat, die Koordinierung und Zusammenarbeit zwischen den Verbindungsbeamten für Einwanderungsfragen zu verbessern, jedoch mit wenig Erfolg, und es wurde nach den Ansichten der Mitgliedstaaten gefragt, wie mit der Situation umzugehen sei.

Die Verbesserung des Informationsaustauschs mit Drittländern über die Schleusung von Migranten und den Menschenhandel wird auch im jüngsten "[analytischen Dokument](#)" der Kommission zu den vorgeschlagenen Änderungen der Europol-Verordnung erörtert, in dem darauf hingewiesen wird, dass diese genutzt werden könnten, um Informationen über Länder im "**Nahen Osten** und **Nordafrika**, in der **Sahelzone** und in **Westafrika**" zu liefern, mit denen Europol keine formellen Abkommen geschlossen hat. Das Dokument wird [hier](#) ausführlicher behandelt.

Das Funktionieren **des Europäischen Grenzüberwachungssystems (EUROSUR)** wurde von der Arbeitsgruppe "Grenzen" am [23. November](#) erörtert, wo Frontex eine Präsentation auf der Grundlage ihres halbjährlichen Berichts an das Parlament und den Rat vorlegte. Die Präsentation ist stark zensiert, fast der gesamte Inhalt wurde geschwärzt. Sie zeigt jedoch, wie umfangreich die Informationen sind, die in dem System verarbeitet werden:

- Analyse von Informationen aus großen Informationssystemen (wie dem Schengener Informationssystem, dem Visa-Informationssystem und Eurodac, ein Thema, das in [einem im letzten Jahr veröffentlichten Statewatch-Bericht](#) behandelt wurde);
- Überwachung der benannten Drittlandshäfen und -küsten;
- Überwachung von Gebieten im maritimen Bereich;

- Überwachung der Migrationsströme in die Union und [innerhalb der Union](#);
- Open Source und Social Media Intelligence;
- Überwachung der ausgewiesenen Grenzvorbereiche;
- Umweltverträglichkeitsprüfung;
- Verfolgung von Flugzeugen und Schiffen; und
- Überwachung der ausgewiesenen Bereiche der Luftgrenzen.

Abschiebung und Rückübernahme

Die [Arbeitsgruppe "Visa"](#) hat auf jeder ihrer Sitzungen seit September **Artikel 25a des Visakodexes** erörtert. Artikel 25a ermöglicht die Einführung von Strafmaßnahmen gegen Drittländer, die bei EU-Abschiebungen nicht kooperieren (z.B. durch die Verweigerung der Ausstellung von Reisedokumenten für Rückkehrer).

[IMEX](#) hat seit Dezember auf jeder seiner Sitzungen das gleiche Thema erörtert. In einem Papier auf der Tagesordnung der Januarsitzung werden die Ergebnisse der Androhung oder Anwendung von Visasanktionen gegen den **Irak** ("beispiellos"), **Bangladesch** ("eine erhebliche Verschlechterung der Qualität der Zusammenarbeit"), **Gambia** ("positive Schritte"), **Senegal** ("gemischt") und **Äthiopien** (Diskussionen laufen) untersucht. IMEX soll nun auch das wichtigste Forum für die Mitgliedstaaten sein, um Vorschläge gemäß Artikel 25a zu erörtern, während die Arbeitsgruppe "Visa" eine untergeordnete Rolle spielen wird.

Der Jahresbericht der Kommission über die Umsetzung von Artikel 25a wurde ebenfalls am 8. September von der EMWP diskutiert. *Statewatch* berichtete über diesen Bericht [hier](#).

Die [Arbeitsgruppe "Visa"](#) verhandelte auch über den Standpunkt des Rates zu einem **Vorschlag zur Überarbeitung des Mechanismus zur Aussetzung von EU-Visa**, der darauf abzielt, seine Anwendung zu erleichtern und die Zahl der Gründe, aus denen er in Anspruch genommen werden kann, zu erhöhen. Während der Rat die Absicht hatte, die Verhandlungen bis zum Ende der Legislaturperiode abzuschließen, kam das Parlament mit dem Dossier nur langsam voran, so dass es frühestens im Laufe des Jahres abgeschlossen werden kann. Dies bot dem Rat die Gelegenheit, verschiedene Bestimmungen eingehend zu erörtern und neue Bestimmungen in den Text aufzunehmen.

Auf der Sitzung der Arbeitsgruppe "Visa" am [26. März](#) wurde die "**Zukunft der Visapolitik**" erörtert, **insbesondere in Bezug auf die Beziehungen zwischen Visapolitik und Asylpolitik**. Wir haben das Diskussionspapier zu diesem Thema noch nicht erhalten, aber im März 2023 [schlug der schwedische Ratsvorsitz vor](#), Asylanträge mit dem Mechanismus zur Aussetzung der Visumpflicht zu verknüpfen, da "Bürger aus visaliberalisierten Ländern 2022 eine nahezu rekordverdächtige Anzahl von Asylanträgen gestellt haben".

Die Rolle von Frontex bei Abschiebungen war ein häufiges Thema in der IMEX-Arbeitsgruppe. Auf [19. September](#) hielt Frontex eine Präsentation, die einen allgemeinen Überblick über seine Aktivitäten gab. Die Präsentation bietet einen nützlichen Überblick über die Zahlen, aber wenig Details. Ein aktueller Stand wurde von Frontex auf der Sitzung am [20. Dezember](#) vorgestellt, wo auch eine Diskussion über "**innovative Ansätze zur Rückkehr**" stattfand. Grundlage hierfür war ein Diskussionspapier der spanischen Ratspräsidentschaft, in dem ein Pilotprojekt für "**gemischte freiwillige und unfreiwillige Rückführungen mit ein und demselben Charterflug**" skizziert wurde, das zu einem Standardbestandteil des "**Rückführungsportfolios**" von Frontex werden könnte.

Frontex gab auf der IMEX-Sitzung am 1. Januar einen weiteren Überblick über seine Rückführungsaktivitäten [16. Januar](#) mit einer allgemeinen Präsentation und einer Präsentation über die Prioritäten für 2024 in Bezug auf Abschiebungen. Diese werden in Bezug auf die Aktivitäten vor der Rückkehr, die Durchführung von Abschiebungen, die Aktivitäten nach der Rückkehr und die Digitalisierung dargelegt. Das übergeordnete Ziel von Frontex ist es, mehr Abschiebeflüge zu unterstützen und zu organisieren, die Dienstleistungen für die Mitgliedstaaten und die

Zusammenarbeit mit Nicht-EU-Staaten auszubauen und zu verbessern sowie die Einrichtung und Vernetzung digitaler Fallverwaltungssysteme in der gesamten EU sicherzustellen. Letzteres wird ein "Pilotprojekt für ein Datenlager für die Rückkehr" und eine "mobile App für die Wiedereingliederung (RAPP)" umfassen.

In dem Dokument heißt es auch, Frontex wolle "ein Partner [der Mitgliedstaaten] bei der Durchführung operativer Aktivitäten werden (und nicht nur ein Lieferant)". Wie [Statewatch bereits berichtete](#), hat Frontex bereits damit begonnen, eigene Abschiebeflüge zu organisieren, anstatt nur die von den Mitgliedsstaaten organisierten zu koordinieren, und seit November letzten Jahres gab es Flüge nach "Albanien, Nigeria, Bangladesch und zuletzt nach Georgien und Albanien".

Ein gesondertes Papier des Vorsitzes, das auf der [IMEX-Sitzung im Januar](#) wird untersucht, wie das Rückkehrsystem effizienter gestaltet werden kann, wobei der Schwerpunkt auf der "internen Dimension [der Rückkehr] ... liegt, insbesondere auf der effektiven Rückführung von Drittstaatsangehörigen, die eine Sicherheitsbedrohung darstellen, und auf dem Vorantreiben einer europäischen Rückkehrentscheidung".

Ein Legislativvorschlag für eine europäische Rückführungsentscheidung, der bestimmte Verfahren harmonisieren und die gegenseitige Anerkennung von Rückführungsentscheidungen verbessern würde, wird wahrscheinlich irgendwann nach September vorgelegt werden. Ein separates Diskussionspapier mit demselben Titel stand auf der Tagesordnung der [der SCIFA-Sitzung im November](#) über das [Statewatch](#) hier berichtet hat. Ein weiteres Papier zu diesem Thema wurde für die [IMEX-Sitzung am 12. März](#) in Umlauf gebracht, das sich mit Harmonisierung, "kreativen Lösungen" und horizontalen Fragen befasst, wobei unter jeder Überschrift einige Details aufgeführt sind.

Die [IMEX-Sitzung im März](#) wurde auch ein detailliertes "Non-Paper" der Kommission erörtert, in dem die Ergebnisse der Schengen-Bewertungen zur Rückführung von 2020 bis 2023 analysiert werden. Darin wird eine Reihe von Hindernissen für die Erhöhung der Zahl der Abschiebungen aus der EU aufgezeigt, wobei die begrenzten Haftkapazitäten und die Begrenzung der Haftdauer als "erhebliches Hindernis für die Mehrheit" der Mitgliedstaaten beschrieben werden. Der Bericht deckt ein breites Spektrum von Themen ab, die in den kommenden Jahren im Mittelpunkt der EU-Bemühungen um verstärkte Abschiebungen stehen dürften, insbesondere im Zusammenhang mit der Umsetzung des Migrationspakts, der beschleunigte Verfahren für die Prüfung von Asylanträgen und die Bearbeitung von Abschiebungsfällen ermöglicht.

Die Rolle der Verbindungsbeamten für Einwanderungsfragen bei der Unterstützung von Abschiebeaktionen wurde auf der IMEX-Sitzung am [8. Februar](#) mit einer Präsentation von Frontex und einem Diskussionspapier des belgischen Ratsvorsitzes. Ersteres befasst sich mit der Arbeit der EU-Verbindungsbeamten für die Rückkehr (EURLOs), während letzteres die verschiedenen Arten von nationalen und EU-Verbindungsbeamten erläutert und feststellt: "Bis heute sind rund 500 nationale Verbindungsbeamte in der ganzen Welt im Einsatz", hauptsächlich in **Europa, Asien und Afrika**. Es wird erörtert, wo und wie die Arbeit der Verbindungsbeamten besser koordiniert werden könnte, um ihre Rolle bei Abschiebungen und Rückübernahmen zu verbessern.

Die Wiedereingliederung war ein wichtiges Diskussionsthema auf der IMEX. Auf der [19. September-Sitzung](#) war die **Internationale Organisation für Migration** anwesend, um über ihre Reintegrationsaktivitäten zu sprechen. Die Präsentation ist stärker zensiert als die von Frontex für dasselbe Treffen erstellte; sie stellt fest, dass die Rückkehrberatungsdienste der IOM wie folgt aussehen "Sie zielen darauf ab, den Einzelnen zu befähigen und seine Handlungsfähigkeit zu stärken, damit er seine eigene Entscheidung treffen kann, anstatt zu versuchen, sie zu beeinflussen." Die spanische Organisation **San Ezequiel Moreno Foundation** war ebenfalls bei dem Treffen anwesend und stellte ihre Reintegrationsarbeit vor.

Es liegt auf der Hand, dass **die Rolle von Frontex im Bereich der Wiedereingliederung** - durch die Gemeinsamen Wiedereingliederungsdienste (JRS) - in den letzten Jahren erheblich ausgeweitet wurde und weiter ausgeweitet werden wird. Allgemeine Informationen über die Arbeit von Frontex in diesem Bereich sind in den Präsentationen für die oben erwähnte IMEX-Arbeitsgruppe enthalten. Ein Diskussionspapier des spanischen Ratsvorsitzes für die [September-Tagung](#) wird festgehalten, dass "die Ausweitung des geografischen Geltungsbereichs von Frontex JRS unbedingt fortgesetzt werden muss, wobei der Einbeziehung der Drittländer, die derzeit eine wachsende Zahl von Rückkehrern zurücknehmen, besondere Aufmerksamkeit gewidmet werden sollte".

Migrationpartnerschaften

Seit Beginn der Legislaturperiode hat die EMWP die Beziehungen zu einer Reihe von Ländern erörtert. Die Folgemaßnahmen zu den Aktionsplänen für **Niger** und **Nigeria** wurden am 8. September erörtert; **Tunesien** und **Mauretanien** standen auf der Tagesordnung am [6. Oktober](#). Das Diskussionspapier zu Mauretanien für dieses Treffen wies darauf hin, dass die Zusammenarbeit mit dem Land intensiviert werden sollte, worüber *Migration-Control.info* [hier](#) berichtete. In der Zwischenzeit haben die EU und Mauretanien ein Abkommen unterzeichnet, das eine Reihe von Themen abdeckt, darunter auch die Migration; ein Vermerk, der der Unterzeichnung dieses Abkommens vorausging, wird [in dieser Ausgabe des Bulletins](#) analysiert. Die Situation der Migranten in **Niger** wurde am [12. Februar](#) sowie die Beziehungen zu **Mauretanien** im Bereich Migration erörtert; ein Dokument zu diesem Treffen wird hier analysiert[GA1]. Folgemaßnahmen zu den EU-Aktionsplänen für **Pakistan**, **Afghanistan** und **Libyen** standen auf der Tagesordnung am [14. März](#) auf der Tagesordnung, obwohl die Dokumente dieses Treffens noch nicht vorliegen.

Auf [6. Oktober](#) erörterte die Arbeitsgruppe "Externe Aspekte der Migration" den Konflikt im **Sudan** und die Auswirkungen "auf die Vertreibungssituation in der Region". In einer Präsentation wurden die Ursachen des Konflikts, die aktuelle Situation und die Lage der Vertriebenen und Flüchtlinge dargestellt. Das Dokument verweist auf die Unterstützung der EU für Projekte zur Unterstützung von Vertriebenen im Sudan und in den Nachbarstaaten und weist darauf hin, dass beobachtet werden muss, "ob die Sudanesen, die in den Nachbarländern untergebracht sind, eine Sekundärbewegung in Erwägung ziehen oder ob die innerhalb des Sudans neu Vertriebenen sich ebenfalls zur Flucht in die Nachbarländer entschließen."

Budgets und Finanzierung

Auf seiner Sitzung am [28. November](#) erörterte die Arbeitsgruppe "Externe Aspekte der Migration" den **Jahresbericht der Kommission über die Umsetzung der außenpolitischen Instrumente der Europäischen Union im Jahr 2022**, der sich hauptsächlich auf den Haushalt des **Nachbarschafts-, Entwicklungs- und internationalen Kooperationsinstruments (NDICI)** und das **Instrument für Heranführungshilfe III (IPA III)** bezieht. Der Bericht gibt einen Überblick über die Ausgaben und die Anzahl der migrationsbezogenen Projekte in den verschiedenen Regionen, enthält jedoch keine detaillierten Angaben über den Inhalt dieser Projekte. Die beiden Anhänge des Berichts sind insgesamt über 400 Seiten lang.

Eine wichtige Zahl in den Berichten betrifft den Anteil des NDICI-Budgets, der für migrationsbezogene Projekte ausgegeben wird und für den Zeitraum 2021-22 13,6 % des Gesamthaushalts beträgt. Dies übersteigt das Gesamtziel von 10 % für den Zeitraum 2021-27, das sich auf 3,364 Mrd. EUR belaufen sollte, um ein Drittel. Es hat auch den Anschein, dass **die Global-Gateway-Initiative der EU** - die mit Chinas Gürtel- und Straßeninitiative konkurrieren soll - für die Umsetzung migrationsbezogener Projekte genutzt wird, bisher in 13 Ländern **Afrikas**.

Im Berichtszeitraum wurden 231,9 Mio. EUR aus dem IPA-III-Haushalt sowie ein "zusätzliches Regionalprogramm" im Wert von 7 Mio. EUR ausgegeben, um die Umsetzung der **Statusabkommen von Frontex mit den Ländern des westlichen Balkans** zu unterstützen. Der Bericht stellt fest, dass Ende 2022 ein neues Programm "zur Bekämpfung der Schleusung von Migranten" im Wert von 30 Mio. EUR

angenommen wurde, aber es ist unklar, ob dies zu den insgesamt 231,9 Mio. EUR für 2022 beiträgt. Der Bericht verweist auf die Unterstützung der EU für das Haftzentrum Lipa in **Bosnien und Herzegowina**, die Anschaffung von "moderner Ausrüstung, die Erneuerung der Seeflotte" und den "Bau von zwei Radarstationen" in **Albanien** sowie die Unterstützung **Nordmazedoniens** zur "Verbesserung der nationalen technologischen und institutionellen Kapazitäten zur Identifizierung, Registrierung, Überprüfung und Verarbeitung von Informationen über Migranten und Flüchtlinge im Einklang mit den EU- und internationalen Standards".

Die Frage der Externalisierung von Finanzmitteln wurde von der spanischen Ratspräsidentschaft ausdrücklich angesprochen, und ein Diskussionspapier für die [SCIFA-Sitzung im November](#) wird darauf hingewiesen, dass die Mittel für die Externalisierung aufgestockt werden müssen, "um unsere Glaubwürdigkeit gegenüber den Herkunfts- und Transitländern unserer Partner zu wahren". In dem Papier heißt es, dass die zahlreichen unterschiedlichen Budgets, die für die Externalisierung zur Verfügung stehen, die Überwachung und Analyse erschweren, und es wird dazu aufgerufen, in das von der spanischen Ratspräsidentschaft vorgeschlagene "Präventionsmodell" zu investieren, [über das Statewatch bereits berichtet hat](#).